

# Ausländerbeirat der Stadt Brühl

## Der Beiratsvorsitzende



Brühl, den 23. September 2009

An die Mitglieder des Ausländerbeirates

### Einladung zur Sitzung des Ausländerbeirates

Tag	Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
<b>Montag</b>	12.10.2009	18.00 Uhr	Rathaus Uhlstraße 3, Sitzungszimmer A 012

Mit freundlichen Grüßen

Hardal

### Tagesordnung

Lfd. Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen-Nr.
	<b>A) Öffentlicher Teil</b>	
1	Niederschrift vom 16.06.2009*	
2	Niederschrift vom 22.09.2009	
3	Wahl des Ausländerbeirates;* hier: Erörterung und Beschluss der favorisierten Ausgestaltung des zukünftigen Ausländerbeirates und Empfehlung an den Rat der Stadt Brühl	ABR 4/2009
4	Mitteilungen	
5	Anfragen	
	<b>B) Nichtöffentlicher Teil</b>	
6	Mitteilungen	
7	Anfragen	

Die mit einem \* gekennzeichneten Tagesordnungspunkte waren bereits Gegenstand der Sitzung des ABR am 22.09.2009 und wurden wegen Beschlussunfähigkeit des Beirates zurückgestellt. In Bezug auf die gekennzeichneten Tagesordnungspunkte ist der ABR laut Geschäftsordnung nun ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Beiratsmitglieder beschlussfähig.

**Ausländerbeirat der Stadt Brühl**  
**Der Beiratsvorsitzende**



**Vorlagen-Nr.**  
ABR 4/2009

Fachbereich 50/3	Aktenzeichen 50 97 04	Datum 28. September 2009
---------------------	--------------------------	-----------------------------

Betreff Einrichtung eines Integrationsrates / -ausschusses nach § 27 GO
--

- Beschlussentwurf und Erläuterungen**
- Auszug aus der Niederschrift des ABR am \_\_\_\_\_**

**Beschlussentwurf:**

Der Ausländerbeirat der Stadt Brühl empfiehlt dem Rat der Stadt Brühl die Einrichtung eines Integrationsrates / Integrationsausschusses auf der Grundlage des geänderten § 27 der Gemeindeordnung.

**Erläuterungen:**

§ 27 der Gemeindeordnung wurde zwischenzeitlich dahingehend geändert, dass anstelle der bisherigen Ausländerbeiräte Integrationsräte oder Integrationsausschüsse zu bilden sind.

Nach § 27 Abs. 1 Satz 1 GO ist ein Integrationsrat zu bilden, wenn in einer Gemeinde mindestens 5.000 ausländische Mitbürger/innen ihre Hauptwohnung haben. Ein Integrationsrat wäre nach § 27 Abs. 1 Satz 2 GO nur zu bilden, wenn bei einer Anzahl ausländischer Mitbürger/innen von mindestens 2.000 bis 4.999 mindestens 200 Wahlberechtigte dies beantragen oder wenn der Rat der Stadt Brühl den Beschluss fasst, einen Integrationsrat zu bilden.

Abweichend hiervon kann nach § 27 Abs. 1 Satz 5 GO ein Integrationsausschuss anstelle des Integrationsrates per Beschluss des Rates gebildet werden.

Der Integrationsrat wird gebildet, indem die Mitglieder nach den allgemeinen Wahlgrundsätzen nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt werden. Hinzu treten die vom Rat aus seiner Mitte bestellten Mitglieder. Beispiel: 12 Migrantenvorteiler/innen, 6 Ratsmitglieder/innen, Vorsitzende/r kann aus der Gruppe der Migrantenvorteiler/innen gewählt werden.

Der Integrationsausschuss besteht aus den vom Rat bestellten Mitgliedern und den gewählten Mitgliedern, wobei die Zahl der gewählten Mitglieder (Migrantenvorteiler/innen) die Zahl der Ratsmitglieder nicht erreichen darf. Beispiel: 9 Ratsmitglieder/innen, 8 Migrantenvorteiler/innen, Vorsitzende/r muss ein Ratsmitglied sein.

Näheres hinsichtlich der Zusammensetzung eines Integrationsrates / -ausschusses wird in der Hauptsatzung noch geregelt.

In Brühl haben insgesamt 5.178 ausländische Einwohner/innen ihre Hauptwohnung (Stand 09/2009).

## Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

### § 27 GO NRW - Integration

(1) In einer Gemeinde, in der mindestens 5.000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsrat zu bilden.

In einer Gemeinde, in der mindestens 2.000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsrat zu bilden, wenn mindestens 200 Wahlberechtigte gemäß Absatz 3 Satz 1 es beantragen.

In anderen Gemeinden kann ein Integrationsrat gebildet werden.

Der Integrationsrat wird gebildet, in dem die Mitglieder nach Absatz 2 Satz 1 gewählt werden und die vom Rat nach Absatz 2 Satz 3 bestellten Ratsmitglieder hinzutreten.

Anstelle eines Integrationsrates kann durch Beschluss des Rates ein beratender Ausschuss entsprechend § 58 (Integrationsausschuss) gebildet werden.

Der Integrationsausschuss besteht aus den vom Rat bestellten Mitgliedern und den Mitgliedern, die nach den Regeln des Absatzes 2 Satz 1 gewählt werden.

Die Zahl der nach Absatz 2 Satz 1 gewählten Mitglieder des Integrationsausschusses darf die Zahl der Ratsmitglieder nicht erreichen.

Sollen dem Integrationsausschuss auch vom Rat bestellte sachkundige Bürger (§ 58 Absatz 3) angehören, so muss die Zahl der Ratsmitglieder die Zahl aller anderen stimmberechtigten Mitglieder übertreffen.

Zur Bildung des Integrationsausschusses bestellt der Rat nach Maßgabe des § 50 Absatz 3 die Ratsmitglieder.

Die nach Absatz 2 Satz 1 gewählten Mitglieder treten hinzu.

Im Integrationsausschuss haben Ratsmitglieder und die nach Absatz 2 Satz 1 gewählten Mitglieder gleiche Rechte.

Der Integrationsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden anderen stimmberechtigten Mitglieder übersteigt.

(2) In allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl werden für die Dauer der Wahlzeit des Rates die Mitglieder nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt.

Die Wahl der Mitglieder findet spätestens innerhalb von sechzehn Wochen nach dem Beginn der Wahlzeit des Rates statt.

Für den Integrationsrat bestellt der Rat aus seiner Mitte die weiteren Mitglieder.

Nach Ablauf der Wahlzeit üben die bisherigen Mitglieder und Ratsmitglieder im Integrationsrat oder im Integrationsausschuss ihre Tätigkeit bis zum Zusammentritt eines neugewählten Integrationsrates oder Integrationsausschusses weiter aus, es sei denn, der Rat hat nach Absatz 1 Satz 3 beschlossen, künftig keinen Integrationsrat oder Integrationsausschuss zu bilden.

(3) Wahlberechtigt sind

1. Ausländer,
2. Deutsche,

wenn die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 3 Absatz 1 Nummern 2, 3, 4, 4a und 5 des Staatsangehörigkeitsgesetzes frühestens fünf Jahre vor dem Tag der Wahl erworben worden ist.

Darüber hinaus muss die Person am Wahltag

1. 16 Jahre alt sein,
2. sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und
3. mindestens seit dem sechzehnten Tag vor der Wahl in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.

Wahlberechtigte Personen nach Satz 1 Nummer 2 müssen sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Sie haben den Nachweis über die Wahlberechtigung zu führen.

(4) Nicht wahlberechtigt sind

1. Ausländer,

a) auf die das Aufenthaltsgesetz nach seinem § 1 Absatz 2, Nummern 2 und 3 keine Anwendung findet,

b) die Asylbewerber sind,

2. Deutsche,

die nicht von Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 erfasst sind.

(5) Wählbar sind mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres alle wahlberechtigten Personen nach Absatz 3 Nummern 1 und 2 sowie alle Bürger.

(6) Bei der Feststellung der Zahl der ausländischen Einwohner nach Absatz 1 lässt die Gemeinde die in Absatz 4 Nummer 1 bezeichneten Ausländer sowie die Personen, die neben einer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, außer Betracht.

(7) Für die Rechtsstellung der nach Absatz 2 Satz 1 gewählten Mitglieder gelten die §§ 30, 31, 32 Absatz 2, 33, 43 Absatz 1, 44 und 45 mit Ausnahme des Absatz 4 Nr. 1 entsprechend.

Der Integrationsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter.

Der Integrationsausschuss wählt aus seiner Mitte ein Ratsmitglied zu seinem Vorsitzenden sowie ein oder mehrere Ratsmitglieder zu Stellvertretern.

Der Integrationsrat oder der Integrationsausschuss regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung.

(8) Der Integrationsrat oder Integrationsausschuss kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Auf Antrag des Integrationsrates oder Integrationsausschusses ist eine Anregung oder Stellungnahme des Integrationsrates oder Integrationsausschusses dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen. Der Vorsitzende des Integrationsrates oder Integrationsausschusses oder ein anderes vom Integrationsrat oder Integrationsausschuss benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheit an der Sitzung teilzunehmen; auf sein Verlangen ist ihm dazu das Wort zu erteilen.

(9) Der Integrationsrat oder Integrationsausschuss soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss, einer Bezirksvertretung oder vom Bürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen.

(10) Dem Integrationsrat oder Integrationsausschuss sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

(11) Für die Wahl zum Integrationsrat und Integrationsausschuss nach Absatz 2 Satz 1 gelten die §§ 2, 5 Absatz 1, §§ 9 bis 13, 24 bis 27, 29, 30, 34 bis 46, 47 Satz 1 und § 48 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über Wahltag, die Wahlvorschläge sowie weitere Einzelheiten über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie über die Wahlprüfung regeln.